



Schwarz-Roter Auftakt: Bundshaushalt 2025 als Signal und Belastungsprobe

Nathalie Pappelbaum

Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2025 hat die neue schwarz-rote Koalition aus CDU/CSU und SPD ihren ersten großen politischen Lackmustest bestanden. Der Etat mit einem Gesamtvolumen von 502,5 Milliarden Euro markiert einen klaren Kurswechsel in der deutschen Finanz- und Sozialpolitik – und wirft zugleich grundlegende Fragen nach der Nachhaltigkeit und Prioritätensetzung auf.

Ein Haushalt auf Pump

Die Nettokreditaufnahme erreicht mit rund 140 Milliarden Euro einen der höchsten Werte seit Jahrzehnten. Während 82 Milliarden Euro direkt über den Kernhaushalt finanziert werden, fließen weitere Kredite in Sondertöpfe für Bundeswehr und Infrastruktur. Nach dem Bruch der Ampel-Koalition im November 2024 und der Neuwahl im Februar 2025 war die Verabschiedung des Etats verspätet – das Land lebte monatelang unter vorläufiger Haushaltsführung. Schwarz-Rot wollte nun Handlungsfähigkeit demonstrieren, wählte dafür jedoch die riskante Strategie massiver Verschuldung.

Soziales: Bürgergeld im Kreuzfeuer

Mit 190 Milliarden Euro bleibt das Ressort Arbeit und Soziales größter Ausgabenblock. Allein die Rentenzuschüsse schlagen mit 122,5 Milliarden Euro zu Buche – mehr als das Vierfache der knapp 30 Milliarden Euro, die für das Bürgergeld veranschlagt sind. Hinzu kommen weitere 22 Milliarden für andere Grundsicherungsausgaben. Kanzler Friedrich Merz hat bereits angekündigt, beim Bürgergeld sparen zu wollen. Die SPD erkennt zwar Reformbedarf, stellt aber klar, dass sie den Sozialstaat nicht aushöhlen wird. Damit zeichnet sich eine

zentrale Konfliktlinie der Koalition ab: die Balance zwischen Haushaltsdisziplin und sozialer Absicherung.

Verteidigung: Die „Zeitenwende“ in Zahlen

Besonders deutlich sichtbar wird die neue Prioritätensetzung bei der Bundeswehr. Der Verteidigungshaushalt steigt auf 62 Milliarden Euro, hinzu kommen 24 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen – insgesamt also 86 Milliarden Euro. Damit fließt mehr als das Vierfache dessen in militärische Aufrüstung, was der Bund für Bildung und Forschung zusammen bereitstellt (rund 20 Milliarden Euro). Bestellt werden sollen Munition, Radpanzer und Marineschiffe. Noch nie standen so viele Mittel für Rüstung, Ausrüstung und Modernisierung zur Verfügung. Die „Zeitenwende“-Rhetorik, die Bundeskanzler Olaf Scholz 2022 prägte, wird damit erstmals auch in konkreten Zahlen eingelöst.

Infrastruktur und Klima: Finanzierung über Sondervermögen

Während der Verkehrsetat im Kernhaushalt mit 23,7 Milliarden Euro deutlich sinkt, stützt sich die Regierung auf ein gewaltiges Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur und Klima, verteilt über die kommenden zwölf Jahre. Davon gehen jeweils 100 Milliarden in den Klima- und

Transformationsfonds sowie an die Bundesländer; weitere Mittel sollen in Krankenhäuser, Bildung, Forschung und Bauprojekte fließen. Diese Konstruktion ermöglicht kurzfristig Investitionen, wirft aber Fragen nach Transparenz und Tragfähigkeit auf – insbesondere, wenn die Zinsen steigen oder Wachstumsannahmen nicht eintreffen.

Politische Dimension: Übergang oder Dauerzustand?

Der Haushalt 2025 ist weniger eine konsolidierte Gesamtstrategie als vielmehr ein Übergangsetat, der die politische Handlungsfähigkeit nach Monaten der Blockade sichern soll. Er schafft kurzfristig Planbarkeit, verstärkt jedoch die strukturellen Brüche: zwischen Rüstungsausbau und Sozialausgaben, zwischen Schuldenbremse und Sondervermögen, zwischen Kanzleramt und Koalitionspartnern. Schon der nächste Etat für 2026, der noch vor Weihnachten beraten werden muss, wird zeigen, ob Schwarz-Rot einen neuen „Sozialkompromiss“ findet – oder ob der erste gemeinsame Haushalt nur der Auftakt zu einer Legislatur der Dauerkrisen ist.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4946034/Schwarz-Roter-Auftakt-Bundeshaushalt-2025-als-Signal-und-Belastungsprobe/>